



Bezirksregierung Münster Bezirksplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax.:0251/411-1751 eMail:geschaeftsstelle@bezreg-muenster.nrw.de

Sitzungsvorlage 18/2009

Niederschrift der ordentlichen Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Münster am 16.03.2009

Berichterstatter: Regierungsvizepräsidentin Dorothee Feller-Elverfeld

Bearbeiter: Oberregierungsrätin Andrea Beatrix-Hess
Tel.: 0251-411-1750
Regierungsbeschäftigte Inge Weber
Tel.: 0251-411-1755

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 22.06.2009**

Beschlussvorschlag

für die Verkehrskommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für die Strukturkommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für den Regionalrat:

- Zustimmung Kenntnisnahme

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Münster am 16.03.2009

Beginn: 9.30 Uhr
Ende: 11.05 Uhr
Anwesenheitsliste: s. Anlage 1

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 26.11.2008

Herr Streich erkundigte sich nach der angekündigten Einrichtung einer Arbeitsgruppe bei der Bezirksregierung.

Herr Regierungspräsident berichtete, dass sich die hausinterne Arbeitsgruppe unter Federführung von Frau Feller-Elverfeld vor Kurzem konstituiert habe. In der Arbeitsgruppe seien Vertreter aus der Schulabteilung, den Förderdezernaten und dem Dezernat 32 vertreten. Als erster Schritt sei eine Kontaktaufnahme mit den Verfassern des Papiers „Wandel als Chance“ geplant.

Der Regionalrat genehmigte die Niederschrift einstimmig.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.12.2008

Der Regionalrat genehmigte die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Regionalisierte Strukturpolitik I. Clusterentwicklung II. Wettbewerb Ausbau der Fachhochschulstandorte in NRW III. Münsterlandkonferenz am 13.02.2009

Herr Regierungspräsident gab einen kurzen Überblick über den Stand der Wettbewerbsverfahren in der Strukturpolitik und ging auf die Münsterlandkonferenz am 13.02.2009 mit dem Schwerpunktthema regionale Kulturpolitik ein. Die über das Kulturgutachten geführte Diskussion habe dazu geführt, dass die verschiedenen Verantwortungsträger nun planten, stärkeren Einfluss auf die künftige Kulturpolitik im Münsterland zu nehmen. Für die Zukunftsfähigkeit der Region als attraktiver Wirtschaftsstandort sei auch ein reichhaltiges und interessantes kulturelles Angebot wichtig. Man habe sich gemeinsam darauf verständigt, dass der nächste Münsterlandtag 2010 unter dem Arbeitsobertitel regionale Kulturpolitik stehen werde. Weiteres Thema der Münsterlandkonferenz seien die zukünftigen Handlungsfelder sowie die Breitbandversorgung im ländlichen Bereich gewesen. Die Zuständigkeit für

das Thema Breitbandversorgung im ländlichen Raum liege bei den Kreisen und vor allen Dingen bei der beauftragten regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die Bezirksregierung werde aufgrund geäußelter Kritikpunkte hinsichtlich der Fördermodalitäten mit dem zuständigen Ministerium über die konkreten Fördermöglichkeiten beraten.

Da das Thema verkehrliche Erreichbarkeit aufgrund der Zeitknappheit nicht mehr in der Münsterlandkonferenz angesprochen werden konnte, sei vereinbart worden, dieses Thema als einen Hauptberatungspunkt für die nächste Münsterlandkonferenz vorzusehen.

Herr Daldrup begrüßte die Bemühungen um die Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Zu befürworteten sei auch die intensive Befassung in der Münsterlandkonferenz mit dem Thema der Kulturpolitik in der Region. Ein wichtiger Gesichtspunkt sei dabei, dass es hier auch tatsächlich um Kulturpolitik gehen müsse und nicht um Kulturpolitik im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderungspolitik. Angesichts der bereits diskutierten Kritik am Wettbewerbsverfahren könne von einem Erfolg noch nicht geredet werden.

Hinsichtlich der geplanten finanziellen Beteiligung einer Kommune bei der Einrichtung einer privaten Fachhochschule bat er um Erläuterung aus Sicht der kommunalen Aufsicht.

Frau Regierungsvizepräsidentin äußerte die auch vom Innenministerium geteilten Bedenken aus kommunalaufsichtlicher Sicht hinsichtlich einer Beteiligung einer Kommune an der Bildung der Gesundheitsfachhochschule. Bei der Stadt Rheine und dem Kreis Steinfurt werde überlegt, wie dennoch eine Verbindung zwischen Stadt und Gesundheitsfachhochschule hergestellt werden könne.

Herr Dr. Hülsdünker sprach den Ablauf und die Kritik am Wettbewerbsverfahren an. Hier müsse kritisch hinterfragt werden, ob es sich um das geeignete Steuerinstrument für die regionale Strukturpolitik handle. Auch mit Blick auf das Wettbewerbsverfahren zur Einrichtung von Fachhochschulen sei für die Emscher-Lippe Region ein äußerst unbefriedigendes Ergebnis erzielt worden.

Herr Regierungspräsident machte deutlich, dass er dennoch nach dem jetzigen Stand zu einer positiven Bewertung der Wettbewerbsverfahren komme. Die Diskussion über die aus der Emscher-Lippe Region geäußerten Bedenken habe dazu geführt, dass für die künftigen Entscheidungsverfahren eine andere Punktegewichtung vorgenommen werde. Die Forderung nach einer Berücksichtigung von haushaltsrechtlichen Schwierigkeiten von Kommunen werde ebenfalls ganz konkret diskutiert. Das Münsterland habe in dem Wettbewerbsverfahren sehr gut abgeschnitten.

Herr Pantförder sprach das Wettbewerbsverfahren Ausbau der Fachhochschulstandorte in NRW an und kritisierte, dass in der Sachdarstellung auf Seite 6 auf eine mögliche Finanzierung neuer Studienorte aus Mitteln des Hochschulpaktes II im Kreis Coesfeld hingewiesen werde, hier aber Gelsenkirchen auch hätte erwähnt werden müssen.

Herr Regierungspräsident bestätigte die Wichtigkeit des Hochschulpaktes II, damit ergebe sich die Möglichkeit, auch für die Fachhochschule Gelsenkirchen mit den

Standorten Recklinghausen und Bocholt und zukünftig auch noch Ahaus evtl. eine weitere Konzeption auf den Weg zu bringen.

Herr Dr. Hülsdünker machte deutlich, dass sich die Projekte der Emscher-Lippe Region trotz hervorragender Aufstellung nicht hätten durchsetzen können. Auch die von der Fachhochschule Gelsenkirchen mit großem Aufwand aufgestellten Studiengänge hätten keine Berücksichtigung gefunden. Er kritisierte die fehlende Begründung für die Ablehnung, die notwendig seien für eine Weiterentwicklung einer erfolgreichen Strategie für die Emscher-Lippe Region.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 3/2009 zur Kenntnis.

TOP 4: Information zum Konjunkturpaket 2

Frau Regierungsvizepräsidentin gab einen Überblick über den aktuellen Stand. Das Bundesgesetz sei verabschiedet und das Zukunftsinvestitionsgesetz seit Anfang März veröffentlicht. Ziel sei, dass alle Länder bis Ende der Woche die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund unterzeichnet hätten. Parallel dazu werde eine Datenbank entwickelt, über die das Antragsverfahren der Kommunen mit einer Projektbeschreibung, die Mittelfreigabe durch die Bezirksregierung sowie die Berichterstattung an den Bund erfolgen solle. Die Bezirksregierung sei zwar Bewilligungsbehörde, werde aber keine eingehende Antragsprüfung durchführen, sondern in einem pauschalierten Verfahren die Mittel zuweisen und freigeben. Die Verantwortung für die Förderwürdigkeit der Maßnahmen liege bei den Kommunen. Angesichts der derzeitigen Diskussion über eine evtl. Änderung wies sie darauf hin, dass seitens der Kommunen der Artikel 104 b Grundgesetz zu beachten sei. Die Bezirksregierung werde in der laufenden Woche noch mehrere Informationsveranstaltungen mit den Kommunen durchführen.

Herr Streich bat um Erläuterung hinsichtlich der Antragsprüfung und der Verantwortung der Kommunen für die Förderwürdigkeit der Maßnahmen. Außerdem erkundigte er sich, ob im Rahmen des Konjunkturprogramms zusätzliche Mittel für die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum zur Verfügung stünden.

Herr Niederau erkundigte sich, ob es Aussagen zu der Frage der Zusätzlichkeit gebe.

Frau Regierungsvizepräsidentin führte aus, dass die Bezirksregierung eine reine Plausibilitätskontrolle durchführe und keine ausführliche Antragsprüfung, um ein schnelles Verfahren zu ermöglichen. Das Innenministerium erarbeite z.Zt. die Beantwortung eines umfangreichen Fragenkatalogs, der in der laufenden Woche auf der Internetseite des Innenministeriums veröffentlicht werde.

Zur Frage der Zusätzlichkeit lau

fen noch Gespräche zwischen Bund, Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden.

Herr Hötter wies auf die Schwierigkeit für die Kommunen hin, in eigener Zuständigkeit über die Förderwürdigkeit der Maßnahmen zu entscheiden. Er erkundigte sich, ob geplant sei, hier zur Unterstützung einen Leitfaden zu erarbeiten. Außerdem bat er um Auskunft, ob auch Wirtschaftswege im Rahmen der ländlichen Infrastruktur förderwürdig seien.

Frau Regierungsvizepräsidentin führte aus, dass die Förderung von Wirtschaftswegen in die Begründung zum Gesetz aufgenommen worden sei. Das Innenministerium erarbeite z.Zt. eine Liste mit positiven Beispielen für eine Förderwürdigkeit.

Herr Regierungspräsident führte aus, dass die Kommunen in den Informationsveranstaltungen weitere ausführliche Informationen erhielten, die im Detail nicht im Regionalrat vorgetragen werden könnten.

Herr Niederau sprach die Frage der Zusätzlichkeit an und regte an, dass der Nachweis darüber auf Ebene der Kreise geführt werden sollte.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 4/2009 zur Kenntnis.

TOP 5: Regionaler Vorschlag zum Jahresprogramm „Stadtverkehrsförderung 2009 – Kommunalen Straßenbau“

Herr Fehr kritisierte, hier würden die Mittel nicht nur für Maßnahmen der Stadtverkehrsförderung, sondern auch für Maßnahmen des regionalen Verkehrs eingesetzt. Somit könne seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Hötter bat um einen Sachstandsbericht über die in der Verkehrskommission geschilderte Situation im Kreis Steinfurt, wonach Anträge im Programm Alleinradwege in der vorliegenden Form nicht bewilligt und somit keine Mittel bereitgestellt werden konnten.

Herr Kleinpaß berichtete, dass es sich hier um den ersten Teilabschnitt des Alleinradweges handele, der noch zum Programm des Jahres 2008 gehörte. Die vorliegenden Probleme seien ausgeräumt worden, so dass mit einer Bewilligung im Mai zu rechnen sei.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass hier eine frühzeitige Mittelbewilligung und Erstellung der Förderbescheide wichtig sei, um rechtzeitig mit den Maßnahmen beginnen zu können.

Herr Schultheiß schloss sich den Ausführungen des Vorsitzenden an und bat um Prüfung, ob auf Wunsch von Kommunen und unter dem Gesichtspunkt einer Beschleunigung ein vorzeitiger Baubeginn möglich sei.

Herr Kleinpaß führte aus, dass die Bewilligungsbescheide für die Maßnahmen des Programms 2009 voraussichtlich Anfang Mai erstellt werden könnten. Bei Vorliegen aller Voraussetzungen könne sicherlich auch ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn erteilt werden.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 5/2009 bei drei Gegenstimmen zu.

**TOP 6: Krankenhausförderung – Investitionsprogramm 2008
Anfrage der Strukturkommission auf Mitteilung der bewilligten
Baupauschalen**

Herr Daldrup kritisierte deutlich, dass dem Regionalrat aus Datenschutzgründen keine Informationen über die Höhe der gezahlten Baupauschalen an die Krankenhäuser bekannt gegeben werde. Mit dem bisherigen Förderverfahren sei dem Regionalrat ein weitaus höheres Maß an Dateninformationsdichte bekannt gegeben worden. Das jetzige Verfahren sei völlig unakzeptabel, da es gegen die Regelungen des Landesplanungsgesetzes verstoße, wonach dem Regionalrat eine klare Beratungskompetenz u.a. auch im Krankenhausbereich zustehe.

Herr Pantförder stimmte den Ausführungen von Herrn Daldrup bezüglich der Zuständigkeit des Regionalrates nach dem Landesplanungsgesetz zu. Er machte deutlich, dass die Pauschalierung sich in der Vergangenheit in vielen Bereichen als sinnvoll herausgestellt hätte. Auch in der Krankenhausförderung könne damit mehr Transparenz, Klarheit sowie Verlässlichkeit für die Krankenhäuser erreicht werden.

Herr Daldrup stellte klar, er halte die Pauschalierung auch in vielen Bereichen für sinnvoll, allerdings nicht für die Krankenhausförderung. Hier handele es sich um eine klare Zuständigkeit des Landes, an der die Kommunen erheblich zur Finanzierung beteiligt würden. Er halte eine gezielte Förderung guter Krankenhäuser für sinnvoll und nicht eine pauschalierte Zahlung auch an Häuser, deren weiteres Bestehen evtl. gefährdet sein könnte.

Herr Regierungspräsident schilderte zusammenfassend den rechtlichen Konflikt. Es sei nicht Aufgabe der Bezirksregierung, zu solchen Fragen detailliert Stellung zu nehmen, sondern hier müsse die Landesregierung eine Entscheidung treffen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 6/2009 zur Kenntnis.

**TOP 7: EG-Wasserrahmenrichtlinie
Zwischenstand Öffentlichkeitsbeteiligung Bewirtschaftungsplan**

Herr Hagemann berichtete, dass zwischenzeitlich sieben Stellungnahmen eingegangen seien. Dabei handele es sich bei vier Stellungnahmen um konkrete konstruktive Hinweise auf Umsetzung von Maßnahmen und drei Stellungnahmen mit Hinweisen zur Korrektur der Datengrundlage.

Er ging auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Regionalrates vom 15.12.2008 ein, die wegen des landesweiten Kontextes dem MUNLV zur Beantwortung weitergeleitet worden sei. Ein Antwortschreiben des MUNLV sei am späten Freitagabend per mail eingegangen und werde an alle Fraktionen weitergeleitet.

Herr Fehr merkte an, seine Fraktion sehe aufgrund des zum Teil sehr schlechten Zustands der Gewässer starken Handlungsbedarf. Dem Eintrag von Nitrat aus der Landwirtschaft müsse dringend Einhalt geboten werden. Insoweit setze er große Hoffnungen auf die Wasserrahmenrichtlinie.

Herr Helmer führte aus, unbestritten liege ein Nitratproblem in einigen Grundwasserkörpern vor. Dies beruhe teilweise noch auf Fehlern aus der Vergangenheit, inzwischen sei die Düngepraxis allerdings umgestellt worden. Außerdem habe die Landwirtschaftskammer zusammen mit dem Ministerium ein Konzept entwickelt, mit dem über intensive Beratungen der Landwirte eine Verbesserung der Grundwasserkörper angestrebt werde.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 7/2009 zur Kenntnis.

TOP 8: "Omgevingsvisie" der Provinz Overijssel - ein neues Instrument für eine strategische Raumentwicklungspolitik

Frau Regierungsvizepräsidentin erläuterte das geänderte Verfahren der Regionalplanung in den Niederlanden und regte an, bei passender Gelegenheit einen verantwortlichen Politiker aus den Niederlanden einzuladen, um das Verfahren zu schildern.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 8/2009 zur Kenntnis.

TOP 9: Unterrichtung über die Förderung im Jahr 2008 auf dem Gebiet Städtebau

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 9/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**TOP 10: Förderung auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach der Förderrichtlinie Naturschutz, der Förderrichtlinie Biologische Stationen, den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes im Bereich Naturschutz (ELER-Richtlinien) sowie dem 100-Alleen-Programm
Rückblick auf das Haushaltsjahr 2008**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 10/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

TOP 11: Jahresrückblick über die wasserwirtschaftlichen Förderprogramme im Gewässerausbau im Jahr 2008

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 6/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**TOP 12: Raumbedeutsame und strukturwirksame Planungen und Förderprogramme auf dem Gebiet Altlasten
Rückblick auf die im Jahr 2008 gewährten Zuwendungen für Untersuchungen von Altablagerungen und Altstandorten und die Sanierung von Altlasten“**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 12/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**TOP 13: Regionalplanerische Steuerungsmöglichkeiten für die Ansiedlung von neuen Großmastanlagen im Münsterland
Beantragung eines Tagesordnungspunktes durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Regierungsvizepräsidentin berichtete, die Bezirksregierung habe zu dem Thema verschiedene Besprechungen mit Vertretern der Landwirtschaftskammern, des Landwirtschaftsverbandes und der LANUV unter dem Schwerpunkt Tierhygiene geführt. In der nächsten Woche finde ein Gespräch unter dem Gesichtspunkt Immissionsschutz mit den entsprechenden Beteiligten statt. Die Bezirksregierung nehme außerdem z.Zt. Kontakt zu einem niedersächsischen Landkreis auf, der im Wege der Regionalplanung versuche, eine Regelung herbeizuführen. Sie gehe davon aus, dass bis zum Sommer näheres berichtet werden könne.

Herr Fehr betonte, dass diese Art von Tierhaltung keinerlei Akzeptanz im Münsterland finde. Es gehe nicht nur um Emissionen, sondern auch um allgemeine Belange und andere Nutzungen des Freiraumes für Tourismus, Erholung und auch um Natur- und Landschaftsschutz. Insoweit stelle sich die Frage, ob hier eine Steuerung über die Regionalplanung möglich sei.

Herr Daldrup erklärte, dass ähnliche Diskussionen im Rheinland geführt würden über die weitere Ausdehnung der Unterglasbetriebe. Er bat um Informationen über die Entwicklung dieser Diskussion und um eine Einschätzung, ob möglicherweise Handlungsnotwendigkeiten bestünden.

Herr Püning begrüßte es ausdrücklich, dass die Bezirksregierung sich dieser Thematik annehme, da die Entstehung solcher Anlagen mit erheblichen Konflikten verbunden sei.

Herr Helmer machte deutlich, dass auch die Landwirtschaft gewinnorientiert arbeiten und sich weiter entwickeln müsste. Es gehe hier um Tausende von Arbeitsplätzen und Milliardenumsätze. In der Bundesrepublik sei im Vorfeld einer EU-Gesetzgebung bereits eine Hähnchenhaltungsverordnung verabschiedet worden, die eine weniger starke Belegungsdichte vorschreibe, als in anderen EU-Staaten möglich sei. Somit komme man dem Tierschutz bereits einen großen Teil entgegen. Er sei sicher, dass die Landwirte nicht gegen die gesetzlichen Vorgaben verstoßen würden.

Der Vorsitzende faßte zusammen, dass eine gründliche Vorbereitung und Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema notwendig sei. Er schlug vor, einen in einigen Monaten vorliegenden Vorschlag der Bezirksregierung dann auch in der Planungskommission Münsterland zu besprechen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 16/2009 zur Kenntnis.

**TOP 14: Aktueller Stand des Verfahrens zur Erarbeitung und Aufstellung
des landesweiten Abfallwirtschaftsplan, Teilplan Siedlungsabfälle**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 17/2009 ohne Aussprache zur Kenntnis.

TOP 15: Verschiedenes

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 11.05 Uhr.

The image shows two handwritten signatures in black ink. The first signature is 'E. Rein' and the second is 'Udo Riel'. Both are written in a cursive, flowing style.

Vorsitzender

weiteres Mitglied









Schriftführerin

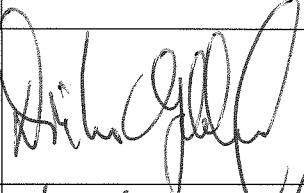


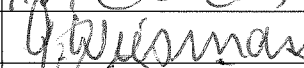

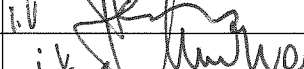
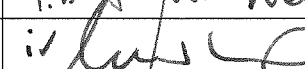
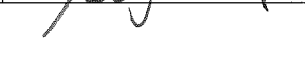
Anwesenheitsliste
für die Sitzung des Regionalrates
des Regierungsbezirks Münster
am 16. März 2009

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 11.05 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Ballenthin, Eckart		x	
Boos, Thomas			
Daldrup, Bernhard		x	
Dillmann, Oswin		x	
Fehr, Helmut		x	
Gerdes, Michael			
Hild, Karl-Wilhelm			
Hollmann-Bielefeld, Gabriele			4. Punkte Tabelleinst
Horstick, Hermann		x	
Hötker, Rolf		x	
Klein, Rolf		✓	
Lind, Oliver		x	
Loos, Helmut		x	
Niermann, Werner		x	
Oberfeld, Franz-Josef		x	
Pantförder, Wolfgang		x	
Puschadel, Brigitte		x	
Rauen, Engelbert			
Reiter, Udo		x	
Schönfeld, Siegfried		x	
Siebert, Jürgen		x	
Dr. Stocks, Stefan			
Streich, Hans-Jürgen		x	
Tarner, Hedwig			x
Trottenburg, Roland		x	x RW

Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Aust, Norbert		X	
Borgelt, Erwin		X	
Eiling, Hermann		X	
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich		X	
Dr. Harengerd, Michael		X	
Dr. Hülsdünker, Josef		X	
Helmer, Heinrich		X	
Tenhofen, Bernhard		X	
Leuteritz, Erika			

Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Regionalverband Ruhrgebiet			
Landschaftsverband Westfalen-Lippe		X	
Oberbürgermeister Gelsenkirchen	i.v. 		
Oberbürgermeister Münster	i.v. 		
Oberbürgermeister Bottrop	i.v. 		
Landrat Borken			
Landrat Coesfeld			
Landrat Recklinghausen	i.v. 		
Landrat Steinfurt	i.v. 		
Landrat Warendorf	i.v. 